

Zur Strategie der kirchlichen Hilfswerke

Hilfe an notleidende Menschen in kommunistisch regierten Ländern im Einfluß des Ostblocks wird auch in der Zukunft immer schwierig und in manchen Fällen unmöglich sein. Die christlichen Kirchen können und wollen sich Menschen in Not nicht verweigern, auch wenn diese Hilfe mit politischen Risiken verbunden sein kann. Die Hilfswerke haben es in der Vergangenheit immer wieder erlebt, daß man sie in ihren eigenen Ländern wegen dieser Hilfe kritisierte und ihnen politische Naivität unterstellt wurde. Als Antwort auf diese Kritik einige Hinweise über das Vorgehen kirchlicher Hilfswerke in diesen Ländern.

Erstens: Wenn aus einem kommunistisch regierten Entwicklungsland ein Hilferuf kommt, wird in jedem Fall versucht, sich ein Bild von der Notsituation der Bevölkerung zu machen und klare Vorstellungen für eine eventuelle Hilfe zu gewinnen. Wenn bereits durch Besuche und andere Kontakte gute Informationsmöglichkeiten gegeben sind, ist diese erste Phase relativ leicht zu bewältigen. Mit den zuständigen Behörden (z. B. einer Gesundheits- oder Landwirtschaftsbehörde oder einem eigens für die Zusammenarbeit mit Hilfsorganisationen gegründeten Komitee) werden die Einzelheiten der Hilfe geklärt. Im Falle von Mosambik geschieht dies unter Einbeziehung der dortigen kirchlichen Stellen. In den Verhandlungen wird vereinbart, daß die Hilfe und ihre Anwendung von den Hilfswerken überprüft werden darf (z. B. durch Besichtigungen und durch Berichte). Die Hilfe wird in der Regel mit kleinen Schritten begonnen und ausgedehnt, wenn die Überprüfung ergibt, daß sie tatsächlich der betroffenen Bevölkerung zugute kommt.

Die Erfahrung zeigt, daß die lokalen zuständigen Behörden praktisch immer bereit sind, diese Spielregeln zu akzeptieren. Wichtig ist, daß die eingeräumten Rechte und Mög-

lichkeiten der Überprüfung und des Kontaktes auch wahrgenommen werden. Die Erfahrungen zeigen weiter, daß der betroffenen Bevölkerung bekannt ist, woher die Hilfe kommt.

Zweitens: Bei jeder Hilfe stellt sich natürlich die Frage, wie weit sie das kommunistische Regime entlastet, d. h., in welchem Maße durch die Hilfe Mittel frei werden, die die Regierung für andere Zwecke (z. B. militärische) gebrauchen könnte. Logischerweise ist der Entlastungseffekt dann gering, wenn die Hilfe einer Bevölkerungsgruppe zugute kommt, für die die Regierung ohnehin keine eigenen Mittel abgezweigt hätte, oder wenn der Umfang der Hilfe an sich gering ist. Wichtig ist in diesem Zusammenhang auch, daß die zu liefernden Hilfsgüter nicht für andere (etwa militärische) Zwecke mißbraucht werden können. Sicher ist, das zeigen die bisherigen Erfahrungen, daß es Möglichkeiten einer effektiven Hilfe für die notleidenden Menschen gibt, mit denen keine Stärkung des Regimes einhergeht und bei denen der Entlastungseffekt kaum eine Rolle spielt.

Drittens: Es liegt in der Natur der Sache, daß die Hilfe auch Chancen zum Dialog eröffnet. Die Hoffnung ist nicht unbegründet, daß etwa die Kirche in kommunistischen Ländern wieder mehr Freiheitsspielraum erhält oder daß bei lokalen Entwicklungsprojekten die Bevölkerung mitwirken kann, wenn über einen längeren Zeitraum hinweg Hilfsorganisationen mit lokalen Stellen bei der Beseitigung von akuten Notsituationen zusammenarbeiten und dabei vielerlei Möglichkeiten des Kontaktes und des Dialogs auch mit der Bevölkerung haben.

Viertens: Die vorhergehenden Thesen zeigen, wie wichtig die richtige Einschätzung der Situation ist. Die Opportunität einer Hilfe kann nur ermittelt werden, wenn man sich intensiv um Informationen und ihre richtige Einschätzung bemüht. Bei sorgfältiger Planung können die eventuellen Risiken in Grenzen gehalten werden. *Ulrich Koch*

Brennpunkte

Die Probleme bleiben

Zur Sondersynode der niederländischen Bischöfe

Am 31. Januar, fast eine Woche später als ursprünglich vorgesehen, ging in Rom die Sondersynode der niederländischen Bischöfe zu Ende. Erstmals, seitdem Paul VI. mit dem Motu proprio „Apostolica sollicitudo“ von 1965 das Institut der Bischofssynode ins Leben gerufen hatte, waren die Bischöfe einer einzigen nationalen Kirchenprovinz unter dem Vorsitz des Papstes zusammengekommen. An achtzehn Sitzungstagen berieten die Teilnehmer insgesamt

siebzig Stunden lang über die pastorale Arbeit in den Niederlanden und erstellten schließlich ein umfangreiches Schlußdokument, das von Johannes Paul II. umgehend approbiert wurde. Es trägt die Unterschriften aller Mitglieder der Sondersynode. Neben dem Papst waren dies die sieben niederländischen Bischöfe, von denen der Erzbischof von Utrecht, *Jan Kardinal Willebrands*, als erster Vizepräsident fungierte. Zweiter Vizepräsident war der

vor kurzem zum Erzbischof von Brüssel ernannte bisherige Bischof von Antwerpen, *Godfried Danneels*.

Die niederländische Kirche war außer ihren Bischöfen noch durch zwei Ordensleute vertreten, dem Vorsitzenden der Vereinigung höherer Ordensoberen und niederländischen Salesianerprovinzial *Ad van Luyn*, sowie dem Prior der Benediktinerabtei Slangenburg-Doetinchem *Piet van den Biesen*. Die Berufung von Pater van den Biesen geschah auf Wunsch des Papstes, der ausdrücklich einen Vertreter der Mönchsorden als Synodenmitglied sehen wollte. In den Niederlanden hätte man lieber den Provinzial der Jesuiten, *Hans van Leeuwen*, nach Rom geschickt. Römische Mitglieder der Synode waren außer Erzbischof *Josef Tomko*, dem Sekretär der Bischofssynode, die Präfekten von sechs Dikasterien, die Kardinäle *Šeper*, *Baggio*, *Garrone*, *Oddi*, *Knox* und *Pironio*. Kein offizielles Mitglied der Synode war der vom Papst ernannte Sondersekretär, Prof. *Josef Lescauwae*t, ebenso wie ein weiterer Synodenteilnehmer, der belgische Titularbischof *Albert Descamps*, Sekretär der päpstlichen Bibelkommission. Daß er als Assistent von Erzbischof Tomko an der Synode teilnehmen würde, war vor ihrem Beginn offiziell nicht bekanntgegeben worden.

Kontroverse Aussprache

Hatte Kardinal Willebrands vor dem Abflug nach Rom noch erklärt, er sehe der Synode mit Spannung und mit einiger Sorge entgegen, so schlug er in seiner Eröffnungsansprache wie in der ersten Pressekonferenz recht hoffnungsvolle Töne an: „Wir hoffen, daß diese synodale Beratung unter dem Vorsitz des Papstes im Licht des Heiligen Geistes uns dabei helfen wird, das Leben der Kirche in den Niederlanden zu kräftigen. Wir sprechen auch die Erwartung aus, daß sie alle Gläubigen ermutigen und ihre christliche Freude mehren wird.“ *Johannes Paul II.* hatte in seiner Predigt während der Eucharistiefeier zum Synodenbeginn den Bischöfen Christus als den Guten Hirten vor Augen gestellt und dann vor allem darauf abgehoben, daß die Lehre des Zweiten Vatikanums über die Kirche Richtschnur und Ausgangspunkt der Synode sein müsse: „Die Absicht dieser Synode ist keine andere als die authentische und vollständige Verlebendigung der apostolischen Wahrheit über die Kirche, die sich in der Lehre des Zweiten Vatikanums manifestiert hat“ (*Osservatore Romano*, 15. 1. 80).

Nach der offiziellen Eröffnung tagte die Synode unter Ausschluß der Öffentlichkeit. Dabei gab es zunächst einiges Tauziehen um den Pressesprecher der niederländischen Bischöfe *Henk Kouwenhoven*. Nachdem man ursprünglich davon ausgegangen war, daß er ebenso wie der vatikanische Pressesprecher *Romeo Panciroli* an den Sitzungen teilnehmen würde, verweigerte am Eröffnungstag ein Brief des Staatssekretariats seine Zulassung. Nach Interventionen der niederländischen Bischöfe wurde diese Entscheidung aber wieder rückgängig gemacht. Dennoch blieb die Vertraulichkeit der Beratungen, für die der Papst

die zahlreich in Rom vertretenen niederländischen Journalisten während der wöchentlichen Generalaudienz eigens um Verständnis gebeten hatte, gewahrt. Von drei offiziellen Pressekonferenzen abgesehen, die zu Beginn, bei der Halbzeit und zum Abschluß der Synode abgehalten wurden, beschränkte sich die Information auf knappe Pressecommuniqués.

Diese Communiqués geben nur einen sehr summarischen Überblick über die intensive Diskussion und gehen nur auf wenige der insgesamt – so Erzbischof Tomko bei der abschließenden Pressekonferenz – über 300 Diskussionsbeiträge genauer ein. Die Identifizierung einzelner Voten wird auch dadurch erschwert, daß in den Presseberichten keine Namen genannt werden durften, außer bei den „Einführungen“ von Prof. Lescauwae und Bischof Descamps.

Lescauwae umriß in einem einleitenden Referat den Begriff der „*communio*“, der sich wie ein roter Faden durch die Arbeit der Synode zog; Bischof Descamps gab zweimal eine Einführung zu den Beratungsthemen. Dabei behandelte sein erster Bericht die Frage einer wirksamen Gestaltung der Seelsorge und der spezifischen Aufgaben von Bischöfen, Priestern, Ordensleuten und Laien, der zweite hatte die Fragen Sakramente, Liturgie, Katechese und Ökumene zum Gegenstand.

In der Abfolge der Beratungsthemen hielt man sich weitgehend an die Ende 1979 veröffentlichten „*Lineamenta*“ (vgl. HK, Februar 1980, 100), die praktisch in allen Punkten aufgegriffen wurden und auch für das Schlußdokument das Gerüst abgaben. Trotz der zurückhaltenden und spröden Formulierungen der offiziellen Communiqués läßt sich deutlich erkennen, daß auf der Synode offen und kontrovers diskutiert wurde. Die sehr unterschiedlichen Einschätzungen der pastoralen Gesamtsituation im niederländischen Katholizismus und die divergierenden Schwerpunktsetzungen bei einzelnen Fragen treten klar hervor, auch ohne daß Namen genannt werden. *Johannes Paul II.*, der sich vor Beginn der Synode in einem Brief an die Katholiken der Niederlande gewandt, für ihre Stellungnahmen gedankt und um ihr Gebet ersucht hatte, war beim größeren Teil der Synodensitzungen anwesend. War nach den ersten Tagen in den Presseberichten zu lesen, der Papst habe sich ganz aufs Zuhören beschränkt, so war am Schluß der Synode zu hören, daß er auch in das Gespräch eingegriffen habe, ohne es allerdings an sich zu ziehen. Erzbischof Tomko sprach in der abschließenden Pressekonferenz davon, der Papst habe theologische und spirituelle Gedanken zum Thema der *communio* vorgetragen.

Daß am Ende der Beratungen ein ausführliches *Schlußdokument* zustande kommen würde, war zu Beginn der Synode keineswegs klar, auch wenn Kardinal Willebrands in seiner Eröffnungsansprache geäußert hatte, man wolle zu konkreten pastoralen Vorschlägen und den entsprechenden Schlußfolgerungen kommen. Doch wurde dann in der letzten Woche über Entschließungsentwürfe zu den einzelnen Beratungsthemen abgestimmt. Über den Abstimmungsvorgang drangen keinerlei Einzelheiten an die Öff-

fentlichkeit; bekannt wurde nur, daß die Kurienkardinäle jeweils nur bei den Punkten stimmberechtigt waren, die in die Zuständigkeit ihrer Kongregation fielen. Der Modus der Abstimmung entsprach dem aller Bischofssynoden.

Klare Festlegungen

Das so zustande gekommene Schlußdokument wird man kaum als einen großen Wurf bezeichnen können. Es verdient allerdings eine genaue Lektüre auf dem Hintergrund der Synodendiskussion und der Probleme der Seelsorge in der niederländischen Kirche, zu deren Lösung es schließlich entscheidend beitragen soll. Nach einer Einleitung, in der die Einheit der Gläubigen wie der Bischöfe untereinander beschworen wird, handelt das Dokument zunächst *von den Bischöfen* in ihrer zweifachen Aufgabe als Lehrer des Glaubens und als Hirten, befaßt sich dann mit den Priestern und ihrer Ausbildung und schließlich wesentlich knapper mit den Ordensleuten. Die folgenden Abschnitte sind den Laien im allgemeinen und den Pastoralreferenten („Pastorale werkers“) im besonderen gewidmet. Der letzte Teil gilt den übrigen Fragen des kirchlichen Lebens, die auf der Tagesordnung der Synode standen: Buße und Eucharistie, Liturgie, Katechese, Ökumene.

Daraus ergibt sich schon eine erste allgemeine Feststellung: Das Dokument ist durchgängig von einem *einseitig hierarchischen Kirchenbild* geprägt. Die vielbeschworene „communio“ wird demnach primär vertikal gesehen; die normative Auslegung der Offenbarung wird deutlich unterstrichen und vom „sensus fidei“ des Gottesvolkes abgesetzt, ebenso wird betont, daß die Offenbarung „vollständig“ verkündet werden müsse. Die moderne, säkularisierte Welt erscheint im Dokument fast nur als Quelle möglicher Gefahren für den Glauben, Pluralismus als Anlaß zur Verwirrung unter den Gläubigen.

Dem entspricht, daß – von wenigen Bemerkungen abgesehen – die anders akzentuierten Argumente aus der Synodendiskussion so gut wie keinen Eingang in das Dokument gefunden haben. Dort war beispielsweise auch die Sprache davon, daß der Bischof gleichermaßen Lehrer des Glaubens wie „Begleiter“ der Gläubigen sein solle und daß man der Meinung aller verantwortlichen Mitarbeiter Beachtung schenken müsse. Dort wurde gesagt, zur *communio* gehöre auch der Wert „demokratischer“ Beratung und der Kritik: „Es ist wichtig, ohne Aggressivität und Mißtrauen den Weg zu weisen. Die Gläubigen legen sehr großen Wert darauf, daß ihr Wunsch respektiert wird, den Glauben bewußt zu leben.“ Von den zahlreichen Wortmeldungen, die um Verständnis für die konkreten *Schwierigkeiten der Glaubensverkündigung* nicht nur in den Niederlanden warben und gleichzeitig auf unübersehbare positive Resultate der nachkonziliaren Erneuerung in der holländischen Kirche hinwiesen, ist im Schlußdokument kaum etwas übriggeblieben.

Innerhalb dieses hierarchisch-lehramtlichen Rahmens enthält das Dokument, das sich durchgängig auf das

Zweite Vatikanum beruft, einerseits mehr allgemein gehaltene Absichtserklärungen, andererseits recht konkrete Abgrenzungen und Schwerpunktsetzungen für die niederländische Kirche. Dabei ist an manchen Stellen der Kompromißcharakter der Formulierungen mit Händen zu greifen. Und es bleibt wohl auch der Spielraum größer, als es der Grundton des Dokuments vermuten läßt.

Die durch die Ernennung der Bischöfe Simonis und vor allem Gijsen entstandenen Probleme wurden während der Synode deutlich angesprochen, ebenso wie die Kommunikationsschwierigkeiten zwischen dem niederländischen Episkopat und der römischen Kurie. Das Schlußdokument plädiert dafür (Nr. 12), die Zusammenarbeit und das gegenseitige Vertrauen zwischen der Kurie und der niederländischen Kirchenprovinz durch *verstärkten Informationsaustausch* zu fördern. Eine Bedingung dafür wird eigens genannt: „Die Bischöfe verlangen, daß Informationen oder Beschuldigungen, die ohne ihr Wissen an die römischen Dikasterien geschickt werden, durch Konsultation des betroffenen Bischofs oder der Bischofskonferenz geklärt werden.“ Zum Problem, das letztlich die Synode nötig machte, nämlich der Blockierung der Arbeit der Bischofskonferenz durch Bischof Gijsen von Roermond, wird an die Bestimmungen des Direktoriums für die Bischöfe erinnert, wonach Mehrheitsbeschlüsse der Konferenz auch dann, wenn ihnen keine gesetzliche Verbindlichkeit zukommt, nur bei äußerst schwerwiegenden Bedenken durch einen einzelnen Bischof boykottiert werden dürften. „Die Bischöfe werden alles daran setzen, damit sich die affektive wie effektive Gemeinschaft zwischen ihnen von Tag zu Tag vertieft und damit sie untereinander nicht uneins erscheinen“ (Nr. 14). In der Frage einer *möglichen Neuaufteilung der niederländischen Bistümer*, für die Presseinformationen zufolge in Rom schon genaue Pläne vorlagen, formuliert das Schlußdokument vorsichtig-offen: Einerseits wird festgehalten, daß eine „Situation geteilter Verantwortlichkeit“ entstanden sei, weil die Bischöfe aufgrund ihrer zu geringen Zahl nicht in allen Beratungsorganen der Konferenz präsent sein könnten. Gäbe es mehr Bischöfe, könnten alle Kommissionen von einem Bischof geleitet oder in ihrer Arbeit begleitet werden. Andererseits bleibt zunächst offen, ob es in diesem Zusammenhang zur Schaffung neuer Bistümer kommen wird; eine Kommission der Bischofskonferenz wird sich mit der Frage befassen.

In zwei knappen Sätzen vermerkt das Schlußdokument das einmütige Bekenntnis der Bischöfe zum *wesentlichen Unterschied zwischen allgemeinem Priestertum und sakramentalem Amtspriestertum* und die Absage an ein „Priestertum auf Zeit“. Ebenso bekennen sie mit dem Hinweis auf den Gründonnerstagsbrief des Papstes, daß der *Zölibat* um des Himmelreiches willen ein hohes Gut für die Kirche sei: „Auch wenn Kandidaten fehlen, bekennen die Synodenmitglieder ihr Vertrauen in den Herrn der Ernte, der Arbeiter in seine Ernte senden wird“ (Nr. 21). Die Bischöfe verpflichten sich, in jedem Bistum eine Kommission zur Förderung von Priesternachwuchs ein-

zurichten. Gleichzeitig wendet sich das Dokument gegen Priestervereinigungen mit gewerkschaftlichem Charakter. In bezug auf die *Priesterausbildung* wird festgestellt, daß diese unter Berücksichtigung der einschlägigen kirchlichen Normen entweder in einem „echten Seminar, wie in Rolduc“, oder in Konvikten erfolgen müsse. Damit wird zwar nicht das Modell Rolduc zum einzigen Weg der Priesterausbildung erklärt, gleichzeitig werden aber die kirchlichen Forderungen an die Theologischen Hochschulen, die der Priesterausbildung dienen, herausgestellt. So müßten den Bischöfen auch Möglichkeiten gegeben werden, „die Situation der dort lehrenden verheirateten Priester zu regeln“ (Nr. 27). Auch für die Fragen der Priesterausbildung wird eine bischöfliche Kommission eingerichtet, im Unterschied zu den anderen sogar mit einem festen Abschlußtermin für ihre Arbeit, nämlich dem 1. Januar 1981. Wohl nicht zufällig hat der Papst in seiner Predigt während der Eucharistiefeier zum Abschluß der Synode unter deren Themen die Bedeutung *des zölibatären Klerus* besonders ausdrücklich herausgestellt.

Als Konsequenz aus dieser eindeutigen Festlegung auf den Pflichtzölibat wird im Teil über die Ordensleute die Ansicht zurückgewiesen, es könne einen „dritten Weg“ zwischen Ehe und Zölibat geben. Auch die Ausführungen über die Pastoralarbeiter, mit deren Problematik sich eine weitere bischöfliche Kommission beschäftigen wird, sind auf eindeutige Abgrenzung bedacht. Nur mit einem knappen Satz findet noch die Tatsache Erwähnung, daß „diese Laien sehr wertvolle Mitarbeiter“ sein können. Ansonsten wird der Kommission als Arbeitsauftrag die Verdeutlichung der unterschiedlichen pastoralen Aufgaben von Priester, Diakon und Laien gestellt. Es solle kein „paralleler Klerus“ entstehen. In Nr. 37 erinnert das Dokument an die römischen Richtlinien zur Behandlung *laisierter Priester*. Allerdings findet sich die Einschränkung, daß eine Regelung für die laisierten Priester, die in theologischer Lehre und in der Pastoral tätig seien, nicht von einem Tag auf den anderen getroffen werden könne; die Ausführung der entsprechenden Richtlinien wird der „Klugheit des Ortsbischofs“ anheimgestellt.

Der Passus über die „*kritischen Gruppen*“ verteilt die Kritik gleichermaßen auf „progressive“ wie auf „konservative“ Gruppierungen. Die Bischöfe wollen einerseits „mit diesen Gruppen in Kontakt bleiben, in der Hoffnung, einen mäßigen Einfluß ausüben zu können und auf direktem Weg informiert zu sein“, andererseits verpflichten sie sich, auf Abweichungen von Glauben und Disziplin der Kirche hinzuweisen (Nr. 34).

Verglichen mit dem Problem der *communio* unter den Bischöfen und den Fragen zu Priesteramt und -ausbildung werden die während der letzten Tage der Synode diskutierten Themen im Schlußdokument nur sehr knapp abgehandelt. Die Gläubigen werden zu mehr Ehrfurcht vor den eucharistischen Gaben ermahnt, gleichzeitig erinnert der Text an die Sonntagspflicht. Die Liturgie, so in Nr. 40, dürfe nur nach den offiziellen Texten gefeiert werden, unter Nutzung der in den liturgischen Büchern vorgesehenen

Auswahlmöglichkeiten. Die in den Niederlanden vielerorts beinahe verschwundene *Einzelbeichte* wird deutlich als das einzige ordentliche Mittel zur Sündenvergebung herausgestellt. Die Bischöfe weisen auch auf ihre Verantwortung für die *Katechese* hin und kündigen Richtlinien auf der Grundlage von „*Catechesi tradendae*“ an. Auf den „Holländischen Katechismus“ angesprochen, äußerte Kardinal Willebrands in der abschließenden Pressekonferenz, daß dessen Methode ihre Bedeutung behalte, daß er aber durch andere Formen der Glaubensverkündigung für Kinder und Erwachsene ergänzt werden müsse. Der letzte Abschnitt ist dem Thema Ökumene gewidmet: Ziel der ökumenischen Bewegung dürfe nicht der kleinste gemeinsame Nenner, sondern müsse die Fülle des Glaubens sein. Deshalb sei *Interkommunion* keine Antwort auf den Ruf Christi zur vollen Einheit – damit werden fast wörtlich Formulierungen des Papstes aufgenommen.

Schwierige Umsetzung

Noch in Rom verfaßten die niederländischen Bischöfe einen gemeinsamen Hirtenbrief, der am ersten Februarwochenende in den Gottesdiensten verlesen wurde. Er gibt einen Rückblick auf die Synodenarbeit, der es vor allem um Vertiefung, Erneuerung und Wiederherstellung der Kirche als Gemeinschaft gegangen sei. Priester, Ordensleute und Laien werden dazu aufgerufen, in Solidarität mit den Bischöfen bei der Umsetzung der Synodenbeschlüsse mitzuhelfen. Auch die Schwierigkeiten dieser Umsetzung werden angesprochen: Die Gläubigen, so die Bischöfe, würden nicht immer ihre eigenen Gedanken in den Synodenbeschlüssen wiederfinden; einige der Bestimmungen seien für sie schwer zu begreifen. Der verhaltene Optimismus der Bischöfe, wie er in diesem werbenden Appell zum Ausdruck kommt, macht deutlich, daß die reichlich beschworene *communio* sich bei der Verarbeitung der Synodenergebnisse erst noch bewähren muß.

Eine Wertung der Synode auf dem Hintergrund der pastoralen Situation in den Niederlanden und im Blick auf die möglichen Folgen fällt nicht leicht. Zwar war in niederländischen und ausländischen Pressekommentaren nach dem Ende der Beratungen von einer „Kapitulation“ der holländischen Bischofsmehrheit die Rede, doch greift dieses Schlagwort wohl zu kurz. Chancen und Schwierigkeiten müssen sorgfältig gegeneinander abgewogen werden.

Zunächst haben die intensiven Beratungen in Rom nach dem Urteil aller Bischöfe das gegenseitige Verständnis vergrößert und vertieft. Bischof Möller von Groningen meinte nach der Synode: „Wir haben uns alle ein wenig verändert“ (NRC Handelsblad, 1. 2. 80). Außer den Absichtserklärungen des Schlußdokuments über eine zukünftige bessere Zusammenarbeit in der Bischofskonferenz ist hier auch ein konkretes Ergebnis zu verzeichnen. Im Anhang des Dokuments heißt es: „Der Bischof von Roermond wird die Zusammenarbeit mit den anderen Bischöfen auf dem Gebiet der päpstlichen Missionswerke, der Fastenaktion und der Woche des niederländischen

Missionars wiederherstellen.“ Das ist allerdings nur ein erster Schritt zur Lösung des Dauerkonflikts mit Bischof *Gijsen* und der verfahrenen Situation in seinem Bistum. Immerhin wurde noch im zweitletzten Kommuniké festgestellt, daß es zwischen den Bischöfen nach wie vor tiefe Meinungsverschiedenheiten über die gegenwärtige kirchliche Situation in den Niederlanden gebe.

Als positiv erwiesen hat sich die Synode offensichtlich auch für das *Verhältnis der niederländischen Bischöfe zur römischen Kurie*. In einem der letzten Pressekommunikés wurde dazu festgehalten, daß durch die persönlichen Begegnungen während der Synode in der Vergangenheit entstandene Mißverständnisse hätten geklärt werden können.

Bessere Kooperation in der niederländischen Bischofskonferenz und mit der Kurie ist allerdings nur ein Teilaspekt der angestrebten vertieften *communio*; er wäre von sehr begrenztem Wert, wenn es auf der anderen Seite zu einer größeren Entfremdung der Bischöfe von ihren Gläubigen kommen würde, wie sie von manchen Beobachtern nach der Synode befürchtet wurde. Hier hängt wohl viel von der Arbeit der bischöflichen Kommissionen ab, die in den besonders heiklen Fragen der Priesterausbildung und der Pastoralarbeiter die Vorgaben der Synode konkretisieren sollen. Schon die Einrichtung solcher Kommissionen wird in den Niederlanden vielfach als eine gewisse Chance betrachtet, was den Spielraum für die geforderten Regelungen betrifft, ebenso wie auch die Tatsache, daß dem „Synodalen Rat“, der die Ausführung der Beschlüsse überwachen wird, außer Kardinal *Gabriel Maria Garrone*, Kardinal *Willebrands* und der Bischof von 's Hertogenbosch, *Johannes Bluysen*, als niederländische Vertreter angehören.

In ihren *Sachaussagen* setzt die Sondersynode einige eindeutige Grenzmarken, nicht ohne sich dabei immer auf das Zweite Vatikanum zu berufen. Sicher haben sich in den letzten Jahren nicht nur *Simonis* und *Gijsen*, sondern auch die anderen niederländischen Bischöfe beispielsweise um

mehr Einheitlichkeit in der Liturgie, um die Schaffung von Konvikten für die Priesterausbildung bemüht, sich zu ihrer Verantwortung für die Katechese und zum Zölibat bekannt und sich gegen Interkommunion ausgesprochen. Gleichzeitig ist dabei aber immer eine gewisse „Grauzone“, ein beträchtlicher Spielraum für die einzelnen Gemeinden und Gruppen, erhalten geblieben. Jetzt sehen sich die Bischöfe aufgrund der Synodenbeschlüsse zu schnellerem und deutlicherem Eingreifen genötigt, auch wenn sie ihre dialogbereite und offene Pastoral grundsätzlich fortsetzen möchten. Dadurch könnten einerseits neue Konflikte provoziert werden, andererseits aber vielleicht auch notwendige Klärungen schneller als bisher geplant oder erwartet ins Werk gesetzt werden. Die niederländischen Bischöfe sind um ihre Aufgaben nicht zu beneiden. Sie wollen und müssen einerseits die von der Synode beschlossene Eindeutigkeit im Blick auf ihre spezifische Verantwortung wie auf die Abgrenzung zwischen Priestern und Laien durchsetzen, ohne dabei viele ihrer aktiven, wenn auch oft eigenwilligen Gläubigen und Gremien, die ja nach der Synode bestehenbleiben, vor den Kopf zu stoßen. *Chancen* und *Schwierigkeiten* liegen hier jedenfalls eng beieinander.

In der abschließenden Pressekonferenz äußerte Erzbischof *Danneels* die Meinung, die niederländische Sondersynode bleibe ein *Beispiel für die ganze Kirche*. Ein solches Urteil kann wohl nur mit gehörigen Einschränkungen gelten. Bei allen Berührungspunkten mit anderen westeuropäischen Ländern trägt und trug die nachkonziliare Entwicklung des Katholizismus in den Niederlanden ein eigenes Gepräge. Jetzt haben sich die Bischöfe durch die Synodenbeschlüsse dazu verpflichtet, gegenüber der eigenständigen, gewiß an manchen Punkten defizitären und problematischen Umsetzung des Konzils in der niederländischen Kirche allgemeinkirchliche nachkonziliare Regelungen und Grenzmarkierungen stärker zur Geltung zu bringen. Noch ist nicht abzusehen, was in Zukunft aus dieser Kirche werden wird.

Ulrich Rub

Interview

Politische Aufklärung gegen neuen Dogmatismus?

Ein Gespräch mit Professor Martin Kriele

Welche neuen Aufgaben politischer Aufklärung stellen sich im Blick auf die Gesellschaft in den Industriestaaten, die Auseinandersetzung zwischen Ost und West und die Verhältnisse in der Dritten Welt gerade angesichts die öffentliche Meinung beherrschenden, dogmatistischen Gegenströmungen teils emanzipatorisch-individualistischer, teils

kollektivistisch-marxistischer Provenienz? Und welchen Part könnte die Kirche in dieser Auseinandersetzung spielen? Anlaß zu diesen Fragen an den Kölner Staatsrechtler Prof. Martin Kriele war dessen im April 1980 bei Herder erscheinendes Buch „Befreiung und politische Aufklärung. Plädoyer für die Würde des Menschen“, das in der These